Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/379

02. 02. 95

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke
und der weiteren Abgeordneten der PDS
— Drucksache 13/221 —

Antisemitische Überfälle, Sachbeschädigungen, Leugnung des Holocaust und andere Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im Monat Dezember 1994

Bundesdeutsche Rechtsextremisten verübten auch im Dezember 1994 antisemitische Straftaten, verschandelten jüdische Friedhöfe, schmierten antisemitische Parolen, bedrohten und überfielen jüdische Bürgerinnen und Bürger sowie jüdische Einrichtungen. Flankiert wird dies durch eine teilweise oder gänzliche Leugnung des Holocaust. Diese Leugnung des Holocaust wird schon lange nicht mehr nur vom militanten Neofaschismus betrieben, etwa vom „NS-Kampfruf". Eine derartige Leugnung findet auch in Zeitungen wie dem „Ostpreußenblatt" statt, dem Zentralorgan der Landsmannschaft Ostpreußen, die bekanntlich aus Mitteln des Bundeshaushaltes unterstützt wird.

Vorbemerkung

Zu den Ausführungen in der Vorbemerkung über die Darstellung des Holocaust im „Ostpreußenblatt" und über die finanziellen Zuwendungen an die Landsmannschaft Ostpreußen wird auf die Antworten der Bundesregierung vom 27. Juni 1991 (Drucksache 12/864) und vom 8. August 1994 (Drucksache 12/8362) hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, daß aufgrund zu erwartender Nachmeldungen die Gesamtzahl der antisemitischen Straftaten für das Jahr 1994 nicht durch Addition der Quartalszahlen gewonnen werden kann.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 31. Januar 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Welche antisemitische Aktivitäten (Zusammenrottungen, Überfälle, Schmierereien, Pressedelikte, Leugnung des Holocaust usw.) sind der Bundesregierung im Dezember 1994 bekanntgeworden (mit der Bitte um genaue Auflistung der Vorfälle)?

Auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der weiteren Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/88 – zu „Antisemitische Überfälle, Sachbeschädigungen, Leugnung des Holocaust und andere Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im Monat Oktober 1994" wird verwiesen.

Unter anderem wurde in der Antwort zu Frage 1 ausgeführt, daß eine monatliche Erstellung der Landesstatistiken nicht vorgesehen ist.

Für das vierte Quartal 1994 sind dem Bundeskriminalamt insgesamt 210 antisemitisch motivierte Straftaten gemeldet worden:

22 Fälle der Störung der Totenruhe und 188 sonstige Straftaten, wie Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Beleidigungen u. a.

Brandanschläge/Sprengstoffanschläge und Angriffe gegen Personen wurden für das vierte Quartal 1994 nicht gemeldet.

2. Wie viele Tatverdächtige wurden wegen antisemitischer Delikte im Monat Dezember 1994 festgenommen (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?

Für das vierte Quartal 1994 wurden dem Bundeskriminalamt im Zusammenhang mit antisemitisch motivierten Straftaten 55 Tatverdächtige gemeldet.

Nach Ländern aufgeschlüsselt ergibt sich folgende Verteilung:

Länder	Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen	davon vorläufig festgenommen	Haftbefehl erlassen
BB	–	–	–
BR	6	–	–
BW	2	–	–
BY	4	–	–
HB	2	–	–
HE	5	–	–
HH	1	–	–
MV	–	–	–
NI	7	–	–
NW	7	1	–
RP	6	–	–
SH	–	–	–
SL	–	–	–
SN	4	–	–
ST	11	1	–
TH	–	–	–
Gesamt:	55	2	0

3. Wie viele Ermittlungsverfahren liefen wegen derartiger Delikte im Monat Dezember 1994 (bitte nach Ländern und Straftaten auflisten)?

Es ist davon auszugehen, daß in allen in der Antwort zu Frage 1 genannten Fällen Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden.

4. In wie vielen Fällen wurden die Ermittlungen eingestellt (bitte nach Ländern Straftaten auflisten)?

5. Wie viele Personen wurden im Dezember 1994 wegen antisemitischer Delikte zu welchen Strafen verurteilt (bitte nach Bundesländern und Straftaten aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Angaben vor.



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333